

Hochheimer Stadtanzeiger

Amtesliches Organ der Stadt Hochheim a. M.

Erscheint auch unter dem Titel: Nassauischer Anzeiger, Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion und Expedition: Biebrich a. Rh., Rathausstraße 16. Telefon 41.

Rotations-Druck und Verlag: Guido D. oder vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Biebrich a. Rh. — Redakteur: Paul Jorjich, Biebrich a. Rh. — Stille in Hochheim: Jean Lauer

Nr. 110

Dienstag, den 18. September 1923.

Postfachnummer
Frankfurt (Main) 19114

17 Jahrgang

Amteslicher Teil.

Nr. 398.

An die Magistrat und Gemeindevorstände.

Unter Hinweis auf die Verfügung vom 15. Aug. 1918, Nr. 1136, die Befreiung blinder und behinderter Kinder betreffend, erlaube ich mir, die Kinder, die im April 1923 schulpflichtig werden.

Fehlende ist erforderlich.

Wiesbaden, 12. September 1923.

Nr. 11. 1294.

Der Landrat.

Nr. 399.

Unter Hinweis auf die Verfügung vom 15. Aug. 1918, Nr. 1136, die Befreiung blinder und behinderter Kinder betreffend, erlaube ich mir, die Kinder, die im April 1923 schulpflichtig werden.

Fehlende ist erforderlich.

Wiesbaden, 14. September 1923.

Nr. 2. 4778.

Der Landrat.

Nr. 400.

Unter Hinweis auf die Verfügung vom 15. Aug. 1918, Nr. 1136, die Befreiung blinder und behinderter Kinder betreffend, erlaube ich mir, die Kinder, die im April 1923 schulpflichtig werden.

Fehlende ist erforderlich.

Wiesbaden, 14. September 1923.

Nr. 2. 4778.

Der Landrat.

Nr. 401.

Unter Hinweis auf die Verfügung vom 15. Aug. 1918, Nr. 1136, die Befreiung blinder und behinderter Kinder betreffend, erlaube ich mir, die Kinder, die im April 1923 schulpflichtig werden.

Fehlende ist erforderlich.

Wiesbaden, 14. September 1923.

Nr. 2. 4778.

Der Landrat.

Nr. 402.

Unter Hinweis auf die Verfügung vom 15. Aug. 1918, Nr. 1136, die Befreiung blinder und behinderter Kinder betreffend, erlaube ich mir, die Kinder, die im April 1923 schulpflichtig werden.

Fehlende ist erforderlich.

Wiesbaden, 14. September 1923.

Nr. 2. 4778.

Der Landrat.

Nr. 403.

Unter Hinweis auf die Verfügung vom 15. Aug. 1918, Nr. 1136, die Befreiung blinder und behinderter Kinder betreffend, erlaube ich mir, die Kinder, die im April 1923 schulpflichtig werden.

Fehlende ist erforderlich.

Wiesbaden, 14. September 1923.

Nr. 2. 4778.

Der Landrat.

Nr. 404.

Unter Hinweis auf die Verfügung vom 15. Aug. 1918, Nr. 1136, die Befreiung blinder und behinderter Kinder betreffend, erlaube ich mir, die Kinder, die im April 1923 schulpflichtig werden.

Fehlende ist erforderlich.

Wiesbaden, 14. September 1923.

Nr. 2. 4778.

Der Landrat.

Nr. 405.

Unter Hinweis auf die Verfügung vom 15. Aug. 1918, Nr. 1136, die Befreiung blinder und behinderter Kinder betreffend, erlaube ich mir, die Kinder, die im April 1923 schulpflichtig werden.

Fehlende ist erforderlich.

Wiesbaden, 14. September 1923.

Nr. 2. 4778.

Der Landrat.

Nr. 406.

Unter Hinweis auf die Verfügung vom 15. Aug. 1918, Nr. 1136, die Befreiung blinder und behinderter Kinder betreffend, erlaube ich mir, die Kinder, die im April 1923 schulpflichtig werden.

Fehlende ist erforderlich.

Wiesbaden, 14. September 1923.

Nr. 2. 4778.

Der Landrat.

Nr. 407.

Unter Hinweis auf die Verfügung vom 15. Aug. 1918, Nr. 1136, die Befreiung blinder und behinderter Kinder betreffend, erlaube ich mir, die Kinder, die im April 1923 schulpflichtig werden.

Fehlende ist erforderlich.

Wiesbaden, 14. September 1923.

Nr. 2. 4778.

Der Landrat.

Nr. 408.

Unter Hinweis auf die Verfügung vom 15. Aug. 1918, Nr. 1136, die Befreiung blinder und behinderter Kinder betreffend, erlaube ich mir, die Kinder, die im April 1923 schulpflichtig werden.

Fehlende ist erforderlich.

Wiesbaden, 14. September 1923.

Nr. 2. 4778.

Der Landrat.

Nr. 409.

Unter Hinweis auf die Verfügung vom 15. Aug. 1918, Nr. 1136, die Befreiung blinder und behinderter Kinder betreffend, erlaube ich mir, die Kinder, die im April 1923 schulpflichtig werden.

Fehlende ist erforderlich.

Wiesbaden, 14. September 1923.

Nr. 2. 4778.

Sehr geehrte Damen und Herren, in die sie gekommen sind, Unternehmungen aus Reichsmitteln. Es kommt hinzu, daß auch jeder Handel in Form von Krediten Betriebskapital zufließen erhält. Ich erinnere daran, daß nach den letzten Umfragen an der Ruhr alle Betriebsmittelgeschäfte geschlossen hatten. Da die Unternehmer erwerbslos waren, bezogen sie zunächst Reichsunterstützung, dann verlangten sie zur Wiedereröffnung ihrer Geschäfte Kredite, um Betriebsmittel einzukaufen. Es ist also nicht zu verwundern, wenn ich behaupte, daß ein ganz großer Teil der Bevölkerung aus Reichsmitteln lebt und wir außerdem einen erheblichen Teil des Betriebskapitals für die Aufrechterhaltung der mehr oder minder produktiven Arbeit dort zu leisten haben. Das ist der Zustand, den ich dort unten gefunden habe.

Die Abhilfe für die Beilegung dieser Frage kommt der Umfang in Betracht, daß wir so sehr eine ordnungsmäßige und effiziente Verwaltung nicht mehr haben. Alle unsere wichtigsten energiegelassenen Branchen sind ausgezehrt. Zum größten Teil werden Beschäftigungen und Auszahlungen der Lohnsummen durch die Kommunalverwaltungen vorgetragen. Es ist klar, daß diese Kommunen im letzten Gebiet in ganz außerordentlichem Maße unter dem Druck der Verhältnisse stehen, daß in diesen Industriezentren der Druck der Bevölkerung stark wirkt und das infolgedessen auch weniger berechtigten Ansprüchen nicht mit der nötigen Energie entgegengetreten wird. Wenn aber keine Verwaltung besteht, die durchgreifen kann, dann ist es natürlich ungeheuer schwer, sich eine richtige Ausgabenkontrolle zu verschaffen, dann ist es vor allem unheimlich schwer, Ausgaben, die notwendigerweise als notwendig erscheinen, vollständig von hier aus zu beistellen. Überhaupt, diese Frage ist von außerordentlich politischer Tragweite. Die Lösung des Ruhrproblems muß im Wege von beiderseitigen gegenseitigen Verhandlungen gesucht werden. Das liegt selbstverständlich zuerst im deutschen Interesse, aber auch nicht minder im französischen, ja sogar in dem aller anderen Staaten; denn ein plötzlicher Abbruch würde verhängnisvolle Folgen haben. Er besteht ja nicht darin, daß etwa morgen wir das Ausland vorstellt, daß die Arbeiter nun an die Arbeit gehen, und alles wieder in Ordnung käme. Es kommt dem vielmehr zu den schwersten sozialen Erschütterungen im Ruhrgebiet selbst. Würden wir aber rein mechanisch alle Kredite drohen, dann ist die Gefahr da, daß die ohnehin sehr erregte Bevölkerung das nicht versteht, daß die Einfälle der Reichs- und Einkommensteuern auf diese Bevölkerung stärker werden und daß wir dort also zu höchst gefährlichen Störungen und Unruhen kommen. Die Wiederherstellung des Wirtschaftslebens wird dadurch erst recht erschwert. Auf der anderen Seite kann die Finanzwirtschaft nicht gesund, wenn diese Ausgaben in der bisherigen Weise fortgehen, gerade auch im Hinblick auf die Lage am Devisenmarkt. Natürlich kann das nur in dem umschriebenen Rahmen und in allmählicher Weise geschehen. Ich will nicht ein absolut abschließendes Wort sagen; aber ich muß doch aussprechen: Nach allen Informationen, die mir zugänglich sind, wird die verhältnismäßige Geldkraft auf dem Markt und die sehr starken Devisenforderungen an der Börse wesentlich im Zusammenhang gebracht mit den starken Auszahlungen im letzten Gebiet. Wenn eine Abkündigung auf dem Geld- und Devisenmarkt erfolgen soll, so muß unbedingt dafür gesorgt werden, daß die Mittel für das Reichsland gesichert werden. Ich habe gesagt, wie ungeheuer schwer eine solche Sicherung ist. Aber ich glaube, es ist jetzt ein Weg gefunden, auf dem wir zu Einzahlungen der Summen kommen würden, die in das besetzte Gebiet fließen, Einzahlungen, die auch für die so sehr leidende Bevölkerung noch erträglich sein werden. Ich denke, daß die Lage auf dem Devisenmarkt sich durch Einzahlungen der Auszahlung ganz wesentlich ändern wird. Ich hoffe auch, daß durch die neuen Maßnahmen der Banken es möglich sein wird, eine stärkere Kontrolle auszuüben und im Zusammenhang damit unangehörige Importe von der Devisenleihe zu verhindern. Zusammenfassend will ich sagen, daß die Finanzsicherung des besetzten Gebietes und ihre Folgen außerordentliche Anforderungen stellen, die in der vorgeschlagenen Form auf lange Dauer von den Finanzen nicht getragen werden können. Mit demselben Nachdruck aber muß ich erklären, daß auch alle anderen Ausgaben auf das Maß, das für die unmittelbare Haltung des Reiches notwendig ist, abgeköpft werden müssen. Ich habe eine Reihe bestimmter Maßnahmen im Auge, die eine starke finanzielle Wirkung haben werden. Es werden harte Maßnahmen sein, aber sie werden und müssen durchgeführt werden; denn sonst wird niemand die Verantwortung für die Führung des Finanzministeriums übernehmen können. Von dieser Seite her wird eine bedeutende Einschränkung der Inflation in verhältnismäßig kurzer Zeit möglich sein. Das ist augenblicklich das Wichtigste. Es muß mit der ganzen Devisenwirtschaft, mit der ganzen Unterhaltungsökonomie abgebrochen werden. Einige Dinge sind sehr klar. Ich will an die finanzielle Unmöglichkeit und auch zu befristende Wirtschaft mit den Bankgeschäften erinnern. (Sehr richtig.) Wir haben augenblicklich nach etwa die dreißigtausendtausendfache Miete. Die Wohnungsbaufrage spielt infolgedessen eine nennenswerte Rolle. So zahlen wir in Wirtschaftswirtschaften sehr viel zu den Bauten, die im deutschen Reich errichtet werden, um großen Teil aus Reichsmitteln. Das ist ein Betrag, der jetzt in die Millionen geht und zu dem Betrag nicht vorhanden ist. Hier muß sofort und ebenfalls unter Hinweisung von Bedenken, die in normaler Zeit durch aus gerechtfertigt wären, Abhilfe geschaffen werden. Geklärt ist eine allgemeine Bemerkung: Es muß endlich die Heberzeugung in die Volkswirtschaft hineingetragen werden, daß es keine schlimmere

Steuer gibt als die Inflationssteuer. (Sehr richtig.) Demgegenüber ist jede Steuerentlastung eine Wohltat, die man dem Volk erwirkt, ist jede Ausgabebehinderung, wenn sie auch im ersten Augenblick noch so hart scheinen mag, auf die Dauer ein Dienst am Volk gegenüber dem Fortgehen dieser Wirtschaft, der Notensprelle. Wenn das nicht in die Köpfe des Volkes hineingehämmert wird, wird das Volk endlich dazu erzogen werden, daß es verstehen lernt, daß die Inflation das wahre Unglück ist. Wenn das Volk bei diesen Maßnahmen nicht mitmacht, dann gibt es für uns überhaupt keine Rettung mehr. Es ist die Aufgabe aller Wirtschaftstreiber, der Gewerkschaften, der Industriellen, der Bankiers, die Heberzeugung in die Massen zu bringen und ihnen zu sagen, daß es überhaupt nur auf diese Weise eine Hilfe gibt und nicht durch irgend welche technischen Mittel oder angeblich rettenden Erfindungen. Man muß verstehen lernen, daß eine anständige und ehrliche Finanzgebarung also der Weg ist, der zum Ziel führt. (Beifall.) Ich erwähne ein anderes Problem: Wir kommen unter Umständen in eine sehr schwere Erwerbslosigkeit hinein. Es ist zu wenig dafür gesorgt, daß für die Unterhaltung der Erwerbslosen Deckung zur Verfügung steht. Man hat eben gedacht: Nach dem werden wieder die Reichsbank und die Notenpresse zu schaffen haben. Die Erwerbslosenversicherung hat im Reichsministerium lange gelegen; sie liegt jetzt im Reichstag. Wenn sie im Reichstag fertig ist, ist vorläufig noch nicht zu überlegen. Nicht die notwendige wirtschaftliche Details der Arbeitslosenversicherung, ich weiß, daß es eine komplizierte Materie ist, und man kann über Einzelheiten lange streiten. Wenn es notwendig ist, soll darüber getritten werden, aber der finanzielle Teil der Vorlage muß in der einen oder anderen Weise in ganz kurzer Zeit zur Entscheidung kommen. Damit wenigstens eine teilweise Deckung vorhanden ist, wenn diese außerordentlichen Ansprüche an uns herangetragen werden. Wenn man aus einem Finanzminister verlangt, daß er nur noch produktive Arbeitslosenversicherung stellt, daß der demoralisierende Einfluß der bloß zu unterstützenden Person ausgeschaltet werden soll, muß man sich auch darüber vollständig klar sein, daß eine solche produktive Erwerbslosenversicherung infolge der sozialen Kosten, die sie erfordert, vielleicht das acht- bis zehnfache der Unterhaltung bedeutet. (Sehr richtig.) Wenn man solche Forderungen erhebt, die sozial durchaus berechtigt sind und deren Durchführung niemand heiser wünschen möchte als ich, so muß man sich auch auf der anderen Seite darüber klar sein, daß es dann nicht angeht, die ganze Erwerbslosenversicherung dem Reich allein einzuladen, einem Reich, das nahezu zahlungsunfähig geworden ist. Ich möchte nicht weitere Probleme besprechen; es hat heute keinen Sinn, eine Politik zu verfolgen, bevor wir die nächsten Wochen hinweg? Wie sichern wir hier das Volk, damit nicht ein Chaos eintritt? Wie sichern wir die Existenz des Reiches. Zum Schluß noch ein Wort. Ich habe zwei Gefahren: 1. die Verschärfung der Krise. Wenn man vielleicht auf psychologische Begreifen kann, daß der Bankrott angeblich der schwächenden Wirkung keine Ereignisse zuzuschreiben, so ist es doch die denkbar größte Gefahr, die uns augenblicklich bedroht, wenn die Städte der Ruhr ausbleiben. (Sehr richtig.) Ich möchte die Vertreter der Landwirtschaft dringend bitten, in ihren Kreisen alles daran zu setzen, daß diese Gefahr nicht eintritt. Ich habe nun ein zweites, das zuzuschreiben ist dem Thema der Abkündigung. Es ist ganz sicher, daß die Reparationsforderungen für die Ruhr bestehen; aber man soll das jetzt nicht überbetonen, und man soll keine Panikstimmung in der Bevölkerung unterhalten. Genau das Gegenteil muß geschehen. Solange die Papiermark geistliches Zahlungsmittel bleibt, solange in Papiermark die Steuern erhoben werden, solange ist für die Papiermark ein wenn auch beschränkter Zirkulationsradius vorhanden und solange kann eine völlige Entwertung der Papiermark nicht eintreten. Man soll die Bevölkerung, soll die fortwährend zu sagen: Ich komme ein neues Zahlungsmittel und das wird die Notung bringen, ganz offen sagen, daß auch das neue Zahlungsmittel allein nicht sofort die Rettung bringen kann, sondern daß dazu noch andere Maßnahmen notwendig sind, von denen ich früher gesprochen habe. Es handelt sich, wie gesagt, augenblicklich um die kritische Periode, die seit Gründung des Reiches überhaupt da war, vielleicht um die kritischste Periode, die der Existenz eines großen Reiches je entgegengekommen hat. Von diesem Bewußtsein muß man erfüllt sein, und man muß sich klar sein, daß jetzt keine Zeit ist, zu irgend etwas anderem als dafür zu sorgen, daß der Bürgerkrieg, das Chaos vermieden wird. Das ist die Aufgabe der Zeit hinwegkommen müssen. Die wir brauchen, um die außenpolitische Lage zu klären, und das ist die erste Grundlage haben werden, in der eine lebendige konsequente Außenpolitik möglich ist, dazu müssen Sie, die Sie hier die Wirtschaft in allen ihren Teilen repräsentieren, in erster Linie beitragen, in dem letzten Bewußtsein und in der Heberzeugung, daß Sie alles haben müssen, daß wenn das Reich zu Grunde geht, es eine deutsche Wirtschaft nicht mehr gibt. (Sehr richtig.) Alles, was

Sie heute opfern, ist nichts anderes als die Versicherungssprache, die Sie selbst zahlen. Auf der anderen Seite können Sie überzeugt sein, daß alles geschieht, was menschlich möglich ist, und das, was von uns verlangt wird, geht wirklich beinahe über Menschenkraft hinaus, um diese zwei Bedingungen zu erfüllen: die außenpolitische Lösung und die finanzielle Festigung. (Beifall.)

Tages-Rundschau.

Der Entscheidung entsagen.

Um das Schicksal der besetzten Gebiete.

Das „Nassauische Kreisblatt“ hat von uns unterrichtet, daß der päpstliche Nuntius Pacelli, der mit den deutsch-französischen Verhandlungen in Verbindung steht, sich jüngst dahin geäußert hat: „Es werde geplant, die rheinischen und Ruhr-Eisenbahnen in eine internationale Alliengeellschaft umzuwandeln; Deutschland würde sich an dieser Alliengeellschaft als Aktionär beteiligen. Der Reingewinn würde dem Reparationskonto zuzuführen. Im übrigen würde sich in wenigen Tagen das gesamte politische und wirtschaftliche Schicksal der besetzten Gebiete entscheiden.“ Bemerkungen des päpstlichen Nuntius über das Reparationskonto sind vorerst noch zurückzuführen, da sie offenbar der Wahrscheinlichkeit zu weit vorauslaufen.

Eine Sitzung des Reichstagsausschusses für innere Verwaltung.

Berlin, 15. September. Unter dem Vorsitz des Reichsministers des Innern fand gestern eine Sitzung des Reichstagsausschusses für innere Verwaltung zur Beratung von Angelegenheiten der Innenpolitik statt, zu der die Innenminister der Länder erschienen waren. Der Reichsminister des Innern betonte einleitend, daß es die besondere Aufgabe seines Amtes sei, die Beziehungen des Reiches zu den Ländern zu pflegen. Die Reichsregierung sei fest entschlossen, die Zuständigkeit der Länder zu wahren. Gegenüber den schweren Gefahren an Rhein und Ruhr, wo wertvolle Gebiete des Reiches ernstlich bedroht seien, müsse ein harter einseitiger nationaler Wille aufgebracht werden. Namens der Reichsregierung bitte er alle Länder, zusammenzuhalten und der Reichsregierung zu helfen, diese gefährliche Aufgabe zu meistern. Bei der Besprechung beteiligten sich die Innenminister aller Länder. Es wurde eine Reihe wertvoller Anregungen gegeben und Erörterungen angestellt. Am Schlußwort konnte der Reichsminister des Innern weitgehende Heberzeugung der Anwesenden mit der Reichsregierung teilen.

Die internationale Anleihe.

New York, 14. September. (Havas.) Aus englischer Quelle wird gemeldet, falls die Nachfrage gerechelt werde, dann werde eine internationale Anleihe in Höhe von 1 Milliarde Dollar unter der Kontrolle des Völkerbundes ausgeben werden, zur Wiederherstellung des deutschen Kredits. Die amerikanischen Banken sollen 250, die englischen Banken 250 Millionen davon zeichnen. Die von den Vereinigten Staaten gezinsenden 250 Millionen sollen in Rohmaterialienlieferungen bestehen. Die Deutschland gestellten Bedingungen sollen ziemlich schwer sein.

Spanien.

Rücktritt des spanischen Kabinetts.

Paris, 14. September. Havas berichtet folgende Depesche um 5 Uhr nachmittags: Der Oberstallkaplan Primo de Rivera erklärte, daß er telefonisch mit dem König gesprochen habe. Dieser habe ihm von dem Ministerrat vorgeschlagen, Direktorium anzunehmen, dessen Präsident von dem General übernommen werde. König Alfonso habe ferner den Vorschlag des Generalstabschefs, den Vizepräsidenten über ganz Spanien auszuweihen, angenommen. Da der König Kapitan Primo de Rivera nach Madrid berufen habe, werde derselbe seine Reise dorthin antreten.

Köln, 14. September. Laut „Köln. Ztg.“ habe sich bei Kassel am 12. September auf der von der Reichsbahn betriebenen „Victor“ auf Schacht 3 und 4 eine Grubenexplosion ereignet, wobei 40 Arbeiter verunglückt seien, darunter der als Geist angelegte Obersteiger Schulte. — Auf der Schacht 1 und 2 ist am 11. September das Förderseil, wobei vier Arbeiter getötet wurden.

Berlin. Die „Zeit“ teilt mit: Für die Dauer der Führung der Geschäfte des Ministers des Reichs durch den Reichsanwalt hat der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Herr v. Rathenau, die Händige Vertretung des Ministeriums des Auswärtigen inne.

Berlin, 14. September. Der langjährige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Berliner Stadtmagistratsrat, Herr Sekretär des sozialdemokratischen Parteivorstandes, Wilhelm Pfanzenhagen, ist in Berlin im 82. Lebensjahre gestorben.

Bohl. Die deutsche Mark wird wegen ihrer fast völligen Wertlosigkeit an der Berliner Börse in Zukunft nicht mehr notiert.

Paris, 14. September. Nach einer Haas-Neuzeitung aus Brüssel wird in Belgien die Normalzeit in der Nacht zum 7. Oktober wieder eingeführt.

Paris, 15. September. Havas meldet aus Düsseldorf, daß in Bochum fünfhundert Millionen und in Duisburg einhundert Millionen Mark beschlagnahmt worden seien.

